



Konferenz
zur Zukunft
Europas

Konferenz zur Zukunft Europas

Europäisches Bürgerforum 1: „Eine stärkere
Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und
Beschäftigung / Bildung, Kultur, Jugend und
Sport / digitaler Wandel“

Empfehlungen

Konferenz zur Zukunft Europas
Europäisches Bürgerforum 1:
„Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung / Bildung,
Kultur, Jugend und Sport / digitaler Wandel“

EMPFEHLUNGEN DES FORUMS (AN DAS PLENUM)

Punkt 1: Arbeiten in Europa

Unterpunkt 1.1 Arbeitsmarkt

- 1. Wir empfehlen die Einführung eines Mindestlohns, um eine vergleichbare Lebensqualität in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Wir erkennen die bestehenden Bemühungen in der EU-Richtlinie KOM(2020) 682 zur Vereinheitlichung der Lebensweise an. Der Mindestlohn muss ein Mindesteinkommen sicherstellen, um ein wesentliches Ziel zu erreichen: alle Bedürftigen sollten mehr Geld in der Tasche haben. Der Mindestlohn sollte folgende Aspekte berücksichtigen:**
 - **Da derzeit nicht alle Mitgliedstaaten den Arbeitnehmerschutz angemessen anwenden, sollte die EU die wirksame Umsetzung sicherstellen.**
 - **Besonderes Augenmerk sollte auf die Überwachung und Verfolgung eines höheren Lebensstandards gelegt werden.**
 - **Der Mindestlohn muss in den verschiedenen Ländern in die Kaufkraft einfließen. Zur Anpassung an die sich ändernden Lebenshaltungskosten (z. B. durch Inflation) ist ein regelmäßiger Überprüfungszyklus erforderlich.**

Wir empfehlen das, weil ein Mindestlohn die soziale Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt stärkt und die konkreten Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Mitgliedstaaten verbessert. Dies ist vor dem Hintergrund eines sich rasch wandelnden Arbeitsumfelds, z. B. im Zuge der Digitalisierung, besonders wichtig.

- 2. Es gibt bereits eine EU-Verordnung (EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG). Sie reicht jedoch nicht aus, um ein gesundes Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben zu gewährleisten. In einem ersten Schritt empfehlen wir, dass der bestehende Rahmen einer überprüft wird, wenn es die jeweiligen Umstände nahelegen. Zweitens sollte die EU einen strengeren**

Überwachungsmechanismus einführen, um die EU-weite Umsetzung sicherzustellen. Besondere Aufmerksamkeit ist den Sektoren zu widmen, die unterschiedlichen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt sind. Gleichzeitig sind andere Sektoren jedoch auf eine größere Flexibilität ihrer Beschäftigten angewiesen, um spezifischen betrieblichen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Wir empfehlen das, da eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für den sozialen Zusammenhalt und gleiche Wettbewerbsbedingungen für Arbeitnehmer/innen wichtig ist. Außerdem wirkt sie sich positiv auf das individuelle Wohlergehen der Beschäftigten aus.

Unterpunkt 1.2 Jugend und Beschäftigung

- 3. Wir empfehlen die Harmonisierung des Niveaus aller verschiedenen Bildungsprogramme in der EU unter Akzeptanz der nationalen Inhalte. Dementsprechend empfehlen wir, dass die beruflichen Abschlüsse in allen EU-Mitgliedstaaten validiert und gegenseitig anerkannt werden.**

Wir empfehlen das, weil wir die Mobilität der Arbeitskräfte in Europa erleichtern und Bürokratie abbauen wollen.

- 4. Wir empfehlen, dass Schüler/innen der Sekundarstufe (ab 12 Jahren) einen Einblick in ihren künftigen Arbeitsmarkt erhalten, indem ihnen die Möglichkeit zu mehreren hochwertigen Praktika bei gewinnorientierten und gemeinnützigen Organisationen gegeben wird. Wir schlagen vor, Unternehmen zu ermutigen, Praktikant(inn)en zu akzeptieren und ihnen Zuschüsse zu gewähren. In abgelegenen Gebieten, wo weniger Möglichkeiten bestehen, müssen die kommunalen Schulen, Regierungen, Organisationen und Unternehmen eng zusammenarbeiten, damit diese Praktika auch Wirkung zeigen.**

Wir empfehlen das, weil wir wünschen, dass junge Menschen Einblicke in die verschiedenen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt erhalten, damit sie eine bessere Wahl für ihr Studium und ihre berufliche Zukunft treffen und die Bedeutung der richtigen Studienwahl erkennen. Es vermittelt ihnen auch ein Gefühl dafür, was Verantwortung ist, und dass sie Wertschätzung für den

Arbeitsmarkt haben sollten. Es wird jungen Menschen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt helfen. Das ist ein Gewinn für beide Seiten.

- 5. Wir empfehlen, die Vermittlung persönlicher Kompetenzen in sämtliche Lehrpläne von Schulen aufzunehmen. Unter „persönlichen Kompetenzen“ verstehen wir: gegenseitiges Zuhören, Dialogfähigkeit, Resilienz, Verständnis, Respekt und Wertschätzung für andere, kritisches Denken, Selbststudium, natürliche Neugier, zielorientiertes Handeln. Für die Vermittlung dieser Kompetenzen sollten Lehrkräfte in Form einer engen Zusammenarbeit mit Sozialarbeiter(inne)n und/oder Psycholog(inn)en geschult werden. Weitere Vorschläge zur Umsetzung: Organisation von Austauschprogrammen für Schüler/innen, Teilnahme an schulübergreifenden Sport- und Kulturveranstaltungen usw.**

Wir empfehlen das, weil „persönliche Kompetenzen“ grundlegende Kompetenzen sind, die im digitalen Zeitalter verloren gehen und im künftigen Leben unserer Jugend unbedingt erforderlich sind. Wir legen Wert darauf, dass sie in den Lehrplan aufgenommen werden, um der Jugend den Rücken zu stärken, und damit mögliche psychische Probleme in ihrem künftigen Leben vermieden und überwunden werden können. Soziale Kompetenzen stärken die zwischenmenschlichen Beziehungen und helfen somit den Menschen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

- 6. Wir empfehlen, dass im Falle einer schweren Krise (z. B. Gesundheitskrise, Krieg usw.) sorgfältig erarbeitete Pläne mit detaillierten Szenarien flexibel umgesetzt werden können, um die Auswirkungen auf unsere Jugendlichen in ihrem Studium, ihrer beruflichen Bildung, ihrem psychischen Wohlbefinden usw. zu minimieren: höhere Studien- oder Ausbildungskosten, zwangsläufig längeres Studium, abgesagte Praktika, zunehmende psychischer Probleme. Wir müssen alles dafür tun, um die Auswirkungen auf junge Menschen und ihren Einstieg ins Berufsleben so gering wie möglich zu halten.**

Wir empfehlen das, weil gerade Jugendliche in Krisenzeiten besonders schutzbedürftig sind.

Unterpunkt 1.3 Digitalisierung am Arbeitsplatz

- 7. Wir empfehlen der EU, Rechtsvorschriften einzuführen bzw. bereits bestehende auszubauen, die das sogenannte „intelligente Arbeiten“ [= Online-Arbeit und Telearbeit, z. B. von zu Hause oder von einem anderen Standort mit Internet aus] regeln. Darüber hinaus empfehlen wir, dass die EU Rechtsvorschriften erlässt, um Anreize für Unternehmen zu schaffen, sozial verantwortlich zu sein und hochwertige „intelligente Arbeit“ in der EU beizubehalten. Die Anreize können finanzieller Art oder auf das Ansehen des Unternehmens bezogen sein und sollten bestehende international anerkannte Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) berücksichtigen. Hierzu sollte die EU eine Arbeitsgruppe aus Sachverständigen aller interessierten Kreise einsetzen, die solche Rechtsvorschriften prüfen und ausbauen.**

Wir empfehlen das, weil wir hochwertige „intelligente Arbeitsplätze“ fördern und ihre Verlagerung in kostengünstigere Nicht-EU-Länder vermeiden müssen. Die Corona-Pandemie und die globalen wirtschaftlichen Trends machen es dringlicher, Arbeitsplätze in der EU zu schützen und „intelligentes Arbeiten“ zu regulieren.

- 8. Wir empfehlen, dass die EU allen EU-Bürger(inne)n ein Anrecht auf digitale Fortbildung garantiert. Insbesondere könnten die digitalen Kompetenzen junger Menschen durch die Einführung einer EU-Zertifizierung an Schulen gefördert werden, die sie auf den künftigen Arbeitsmarkt vorbereiten würde. Außerdem empfehlen wir spezifische Schulungen auf EU-Ebene, um Arbeitnehmer/innen umzuschulen und weiterzubilden, damit sie auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben können. Schließlich empfehlen wir der EU, das Bewusstsein für bestehende Online-Plattformen zu schärfen, die Menschen mit Arbeitgebern verbinden und ihnen bei der Arbeitssuche in der EU helfen, z. B. EURES.**

Wir empfehlen das, weil zertifizierte digitale Kompetenzen von grundlegender Bedeutung sind, damit Menschen ins Berufsleben einsteigen — und Arbeitnehmer/innen umschulen und wettbewerbsfähig bleiben können.

Punkt 2: Eine Wirtschaft für die Zukunft

Unterpunkt 2.1 Innovation und europäische Wettbewerbsfähigkeit

9. **Wir empfehlen, dass die EU Möglichkeiten für verschiedene Einrichtungen (Hochschulen, Unternehmen, Forschungsinstitute usw.) schafft, in Forschung und Innovation zu investieren, um Folgendes zu entwickeln:**
- **neue Werkstoffe, die als nachhaltigere und vielfältigere Alternativen zu den derzeit verwendeten Materialien dienen sollen,**
 - **innovative Nutzung bestehender Materialien (auch auf der Grundlage von Recycling- und modernsten Techniken mit möglichst geringem ökologischen Fußabdruck).**

Wir empfehlen, das zu einer dauerhaften und langfristigen EU-Verpflichtung (bis mindestens 2050) zu machen.

Wir empfehlen das, weil unsere Erde nur begrenzte Ressourcen hat. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, müssen wir das Klima schützen und nach umweltfreundlichen Alternativen suchen. Wir wollen auch, dass die EU auf diesem Gebiet mit einem starken Wettbewerbsvorteil auf der internationalen Bühne führend wird. Ziel der Empfehlung ist es, innovative Ergebnisse zu erzielen, die umfassend angewandt und in verschiedenen Bereichen und Ländern umgesetzt werden können. Das würde sich auch positiv auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt auswirken, weil neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der nachhaltigen Innovation geschaffen würden. Es könnte zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeiten beitragen, indem die derzeitigen, ausbeuterischen Produktionsmittel durch neue, ethischere ersetzt werden.

10. **Wir empfehlen, dass sich die EU langfristig und kontinuierlich dafür einsetzt, ihren Anteil an nachhaltig erzeugter Energie weitgehend zu erhöhen, indem sie eine breite Palette erneuerbarer Energiequellen nutzt, die den geringsten ökologischen Fußabdruck aufweisen (auf der Grundlage einer ganzheitlichen Lebenszyklusanalyse). Darüber hinaus sollte die EU in die Verbesserung und Aufrechterhaltung der Qualität der elektrischen Infrastruktur und des Stromnetzes investieren. Wir empfehlen auch, dass der Zugang zu Energie und die Erschwinglichkeit von Energie als grundlegende Bürgerrechte anerkannt werden.**

Wir empfehlen das aus folgenden Gründen:

- Eine Diversifizierung der Energiequellen (einschließlich Solarenergie, Wind, Wasserstoff, Meerwasser oder künftige nachhaltige Methoden) würde die Energieunabhängigkeit der EU erhöhen.
- Die Stromkosten für die EU-Bürger/innen würden gesenkt.
- Es würde Arbeitsplätze schaffen und den Energiemarkt umstrukturieren (insbesondere in Regionen, die bisher von fossilen Brennstoffen abhängig sind).
- Es könnte die wissenschaftliche Entwicklung innovativer Techniken der Energiebeschaffung fördern.
- Die Qualität der elektrischen Infrastruktur und des Stromnetzes ist ebenso wichtig wie die Energiequellen und ermöglicht eine reibungslose, effiziente und erschwingliche Verteilung und Beförderung von Energie.

11. Wir empfehlen, dass die EU umweltfreundlichere Produktionsprozesse aktiv fördert, indem sie Unternehmen, die in die Senkung der Umweltkosten ihrer Produktion investieren, subventioniert oder anderweitig belohnt. Darüber hinaus fordern wir, dass post-industrielle Standorte saniert und um sie herum geschützte Grünflächen angelegt werden. Die Unternehmen sollten verpflichtet werden, diese Maßnahmen zumindest teilweise aus ihrer eigenen Tasche zu finanzieren.

Wir empfehlen das, weil Produktionsprozesse ein wichtiges Element in der Lieferkette sind. Eine umweltfreundlichere Gestaltung könnte unseren CO₂-Abdruck erheblich verringern. Wir sind der Ansicht, dass Unternehmen und Industrien für die Art und Weise, wie sie ihre Produkte herstellen (einschließlich Rekultivierung und Umweltschutzmaßnahmen), zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Die grünere Gestaltung von Produktionsprozessen trägt auch dazu bei, die Unternehmen auf die Zukunft vorzubereiten und sie krisenfester zu machen (was wiederum Arbeitsplätze schützt).

[Unterpunkt 2.2 Nachhaltige Wirtschaft / Unterpunkt 2.3 Besteuerung](#)

12. Wir empfehlen, von Kunststoffbehältern Abschied zu nehmen und wiederverwendbare zur Regel zu machen. Es sollten Anreize für Verbraucher/innen und Unternehmen geschaffen werden, so dass der Kauf von Waren in loser Schüttung („en vrac“ auf Französisch oder „sfuso“ auf Italienisch) für Verbraucher/innen gegenüber verpackten Waren nicht teurer wird. Unternehmen, die diesen Wandel mittragen, sollten steuerliche Vorteile

haben – und Unternehmen, die das nicht tun, mehr Steuern zahlen. Produkte, die nicht wiederverwendet werden können, sollten rezyklierbar und/oder biologisch abbaubar sein. Eine öffentliche oder Aufsichtsbehörde ist erforderlich, um alles zu überwachen, die Regeln festzulegen und sie an alle weiterzugeben. Wir empfehlen, sowohl Unternehmen als auch Verbraucher/innen über diese Maßnahmen aufzuklären und – auch per Social Media – zu informieren, um sie langfristig zu einem Umdenken zu bewegen. Unternehmen sollten ermutigt und dabei unterstützt werden, für ihre eigenen Abfälle die beste Lösung zu finden (z. B. Bauunternehmen).

Wir empfehlen das, weil wir alle für unser Handeln Verantwortung tragen müssen. Deshalb müssen wir alle Produktionsabläufe überdenken. Da Recycling viele Ressourcen (Wasser, Energie) erfordert, kann es nicht die einzige Lösung sein. Aus diesem Grund schlagen wir vor, Waren in loser Schüttung anzubieten. Recycling sollte nur bei leicht rezyklierbaren Materialien zum Einsatz kommen. Das finnische Beispiel zeigt, dass es möglich ist, einen sehr großen Teil zu recyceln.

- 13. Wir empfehlen, dass in Europa die gleichen Haushaltsregeln gelten, und die Fiskalpolitik EU-weit harmonisiert wird. Die Steuerharmonisierung sollte den einzelnen Mitgliedstaaten Spielraum bei der Festlegung ihrer eigenen Steuervorschriften lassen, aber dennoch Steuerhinterziehung verhindern. Sie wird unlauteren Steuerpraktiken und dem Steuerwettbewerb ein Ende setzen. Steuern sollten für Handelsgeschäfte an dem Ort gelten, an dem sie stattfinden. Unternehmen, die in einem Land verkaufen, sollten auch in diesem Land Steuern zahlen. Diese neuen Vorschriften würden Standortverlagerungen verhindern und sicherstellen, dass die Transaktionen und die Produktion zwischen europäischen Ländern stattfinden.**

Wir empfehlen das, um Arbeitsplätze und Wirtschaftstätigkeiten in Europa gerecht und EU-weit zu schützen und weiterzuentwickeln. Das wird in Europa zu einem einheitlichen Verständnis des Steuersystems führen. So soll der absurden Monopolstellung von riesigen Unternehmen, die im Vergleich zu kleineren Unternehmen nicht genügend Steuern zahlen, ein Ende gesetzt werden. Das Geld würde dann dorthin fließen, wo kommerzielle Tätigkeiten ausgeübt werden.

- 14. Wir empfehlen, dem System des eingebauten Verschleißes aller elektronischen Geräte ein Ende zu bereiten. Wir brauchen ein Umdenken auf individueller und kommerzieller Ebene, wenn wir die Dinge auf lange Sicht**

besitzen, reparieren und nachrüsten wollen. Wir empfehlen die Förderung technisch überholter Geräte. Per Verordnung wären Unternehmen dazu verpflichtet, das Recht auf Reparatur, einschließlich Upgrades und Software-Aktualisierungen, zu gewährleisten und langfristig alle Geräte zu rezyklieren. Ferner wird empfohlen, dass die Unternehmen standardisierte Steckverbindungen verwenden.

Wir empfehlen das, weil Produkte in der modernen Welt in der Regel zwei Jahre lang halten. Wir wollen, dass sie eine viel längere Lebensdauer von etwa 10 Jahren haben. Dieser Vorschlag wird sich positiv auf den Klimawandel und die Ökologie auswirken. Er wird auch die Kosten für die Verbraucher/innen senken und den Konsumrausch herunterschrauben.

- 15. Wir empfehlen, alle Menschen dabei zu unterstützen, per Bildung mehr über unsere Umwelt und die Verbindung zur individuellen Gesundheit aller zu erfahren. Bildungsangebote werden allen Menschen dabei helfen, ihre eigenen Strategien zur Integration dieser Themen in ihr Leben festzulegen. Diese Bildung sollte in der Schule mit spezifischen Fächern beginnen, die sich mit allen ökologischen Fragen befassen, und wir sollten während unseres gesamten Lebens (z. B. am Arbeitsplatz) fortgebildet werden. Das wird zu weniger Abfall und zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit beitragen. Es wird den lokalen Konsum gesunder und nicht verarbeiteter Produkte fördern, die von lokalen Erzeugern stammen. Wer sich gegen eine Verringerung des Abfalls sträubt, wird zu einer kostenlosen Schulung zu diesen Themen verpflichtet. Um dieses Umdenken zu ermöglichen, müssen die Preise für Erzeuger und Verbraucher fair sein. Daher schlagen wir vor, dass kleine, lokale und umweltfreundliche Erzeuger Steuerbefreiungen erhalten.**

Wir empfehlen das, weil wir glauben, dass viele Menschen den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben. Deshalb brauchen wir Aufklärung für alle zu diesem Thema. Darüber hinaus sind lokale und gesunde Produkte für viele unerschwinglich. Wir müssen also dafür sorgen, dass lokal hergestellte Produkte für alle besser zugänglich sind.

[Unterpunkt 2.4 Landwirtschaft / Unterpunkt 2.5 Digitale Infrastruktur](#)

- 16. Wir empfehlen die Einführung eines gemeinsamen europäischen, leicht verständlichen Kennzeichnungssystems für Konsum- und Ernährungsprodukte**

(die Informationen würden Allergene, Ursprungsland usw. enthalten), Transparenz bei laufenden Zulassungsverfahren, die Digitalisierung von Produktinformationen über eine standardisierte europäische App im Sinne eines benutzerfreundlicheren Zugangs und zusätzlicher Informationen über Produkte und Produktionskette. Wir sehen auch die Notwendigkeit für ein wirklich unabhängiges Gremium, das die Lebensmittelstandards EU-weit regelt und über Gesetzgebungsbefugnisse verfügt, um Sanktionen verhängen zu können.

Wir empfehlen das, weil für EU-Bürger/innen gleiche Lebensmittelstandards gelten sollten. Unbedenkliche Lebensmittel sind Voraussetzung für die Sicherheit der Menschen. Diese Empfehlungen wurden ausgesprochen, um die Überwachung der Zulassung und die Transparenz der Lebensmittelerzeugung einheitlich zu erhöhen.

- 17. Wir empfehlen eine Verstaatlichung der Infrastruktur, um dem Entstehen von Monopolen für Telekommunikations- und Internetdienste zu vorbeugen. Auf Internetzugang sollte ein Anspruch bestehen. Vorrangig sollten Internetverbindungen in „funkfreien Gebieten/toten Zonen“ (Bereiche ohne Internetzugang) eingerichtet werden. Kinder und Familien haben beim Zugang zum Internet und zur Hardware Vorrang, insbesondere in Bezug auf Bildung — und gerade in Pandemie-Zeiten. Es bedarf einer Initiative zur Unterstützung von Telearbeit, z. B. Büroräume mit zuverlässiger, schneller Internetverbindung sowie digitaler Schulungen.**

Wir empfehlen das, weil wir sicherstellen müssen, dass der digitale Wandel gerecht erfolgt. Zugang zum Internet ist von grundlegender Bedeutung für die Demokratie und ein Recht aller Bürger/innen in Europa.

- 18. Wir empfehlen, mit lokalen Insekten behutsam umzugehen und sie vor invasiven Arten zu schützen. Wir schlagen außerdem vor, mit Anreizen dafür zu sorgen, dass neue Bauvorhaben über obligatorische Grünflächen verfügen. Wir fordern die Einführung der biologischen Vielfalt als Pflichtfach in Schulen durch die Nutzung von Lehrplanaktivitäten wie Projektwochen. Es ist wichtig, das Bewusstsein für die biologische Vielfalt durch Medienkampagnen und attraktive „Wettbewerbe“ in der gesamten EU (Wettbewerbe auf lokaler Ebene) zu schärfen. Wir empfehlen die Festlegung verbindlicher nationaler Ziele für die Wiederaufforstung einheimischer Wälder und lokaler Flora in allen EU-Mitgliedstaaten.**

Wir empfehlen das, weil die biologische Vielfalt für die Umwelt, die Lebensqualität und die Bekämpfung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung ist.

Punkt 3: Eine gerechte Gesellschaft

Unterpunkt 3.1 Soziale Sicherheit

- 19. Wir empfehlen, EU-weit harmonisierte sozialpolitische Maßnahmen und die Gleichstellung der Rechte, auch in puncto Gesundheit, zu fördern, wobei die vereinbarten Regelungen und die Mindestanforderungen EU-weit gelten.**

Wir empfehlen das, da es in der Sozialpolitik große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt, die verringert werden müssen, um ein menschenwürdiges Leben für alle zu erreichen und die Betreuung und Unterstützung zu leisten, die schutzbedürftige Personen aus verschiedenen Gründen (Gesundheit, Alter, sexuelle Ausrichtung usw.) benötigen.

- 20. Wir empfehlen, die Forschung in den Bereichen Soziales und Gesundheit in der EU zu fördern, wobei Prioritäten zu wählen sind, die als von öffentlichem Interesse betrachtet und von den Mitgliedstaaten vereinbart werden, und eine angemessene Finanzierung bereitzustellen. Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen, Ländern, Studienzentren (Universitäten usw.) verstärken.**

Wir empfehlen das, weil es viele Bereiche gibt, in denen wir unser Wissen erweitern und vertiefen müssen. Die Pandemie hat gezeigt, dass Forschung entscheidend ist, um das Leben zu verbessern, dass die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor sowie zwischen den Regierungen wichtig — und finanzielle Unterstützung notwendig ist.

- 21. Wir empfehlen, der EU mehr Kompetenzen in der Sozialpolitik zu übertragen, um Mindestvorschriften und Rentenleistungen EU-weit auf der Grundlage einer gründlichen Analyse zu harmonisieren und festzulegen. Die Mindestrente muss über der Armutsgrenze des Landes liegen. Das Renteneintrittsalter sollte nach Berufsgruppen gestaffelt sein, so dass geistig**

und körperlich anspruchsvolle Berufe früher das Rentenalter erreichen. Gleichzeitig sollte für ältere Menschen, die weiterhin auf freiwilliger Basis arbeiten möchten, ein garantiertes Recht auf Arbeit bestehen.

Wir empfehlen das, weil die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate abnimmt. Die europäische Bevölkerung altert, weshalb wir weitere Maßnahmen ergreifen müssen, um die Gefahr einer Marginalisierung älterer Menschen zu vermeiden und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten.

22. Wir empfehlen eine Reihe vereinbarter Maßnahmen zur Förderung einer höheren Geburtenrate und zur Gewährleistung einer angemessenen Kinderbetreuung. Hierzu gehören erschwingliche und zugängliche Kinderbetreuung (am Arbeitsplatz, über Nacht, Senkung der Mehrwertsteuer auf Kinderausrüstung), Wohnraum, stabile Arbeit, Unterstützung der Mutterschaft, spezifische Unterstützung und Schutz der Arbeit für junge Menschen und Eltern sowie Unterstützung von Müttern und Vätern beim Zugang zu Wissen bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz.

Wir empfehlen das, weil die besonders niedrigen Geburtenraten in der EU weiter zur Alterung der europäischen Bevölkerung beitragen. Hier sollten Sofortmaßnahmen ergriffen werden. Das vorgeschlagene Maßnahmenpaket zielt darauf ab, die Stabilität junger Familien zu gewährleisten, die für die Betreuung von Kindern erforderlich ist.

23. Wir empfehlen, die Sozial- und Gesundheitsfürsorge für ältere Menschen sowohl zu Hause als auch in Pflegeheimen zu garantieren. Darüber hinaus bedarf es einer besseren Unterstützung für Personen, die sich um ältere Menschen kümmern (Verwandte).

Wir empfehlen das, weil die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate abnimmt und die Bevölkerung in Europa altert, weshalb wir weitere Maßnahmen ergreifen müssen, um die Gefahr einer Marginalisierung älterer Menschen zu vermeiden und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten.

24. Wir empfehlen der EU, Palliativpflege und Sterbehilfe [Euthanasie] nach einem konkreten Regelwerk zu unterstützen.

Wir empfehlen das, weil es die Schmerzen der Patient(inn)en und Familien verringern und ein menschenwürdiges Lebensende gewährleisten würde.

Unterpunkt 3.2 Gleiche Rechte

- 25. Wir empfehlen der EU, den gezielten Zugang zu angemessenem sozialem Wohnraum für die Bürger/innen entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen zu fördern. Die Kosten hierfür sollten auf private Geldgeber, Vermieter, Nutznießer/innen, Regierungen der Mitgliedstaaten auf zentraler und lokaler Ebene und die Europäische Union aufgeteilt werden. Ziel sollte es sein, den Bau/die Instandsetzung des bestehenden Sozialwohnungsbestands, auch durch Genossenschaften, Miete und Kauf, zu erleichtern. Die Unterstützung sollte auf der Grundlage klarer Kriterien erfolgen (z. B. maximale Wohnfläche/Personenzahl, Einkommen der Begünstigten usw.).**

Wir empfehlen das, weil ein verbesserter Zugang zu Wohnraum gewährleisten würde, dass die EU-Bürger/innen konkrete gleiche Rechte genießen. Dies würde dazu beitragen, soziale Spannungen abzubauen. Während die EU in erster Linie den Unterstützungsmechanismus zu überwachen hat, sollten die nationalen und lokalen Behörden die Wohnungsprobleme aktiver angehen.

- 26. Wir empfehlen der EU, die Regulierung und die einheitliche Umsetzung der Unterstützungsmaßnahmen für Familien mit Kindern EU-weit sicherzustellen. Zu diesen Maßnahmen gehören: Verlängerung der Elternzeit, Anhebung von Geburtszulagen und Kinderbetreuungsgeld.**

Wir empfehlen das, weil wir der Ansicht sind, dass die Maßnahmen das demografische Problem, mit dem die EU konfrontiert ist, lindern würden. Sie würden auch die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der Eltern verbessern.

- 27. Wir empfehlen der EU, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Familien EU-weit gleiche Familienrechte genießen. Zu diesen Rechten gehört auch das Recht auf Eheschließung und Adoption.**

Wir empfehlen das, weil wir der Ansicht sind, dass alle EU-Bürger/innen gleiche Rechte, einschließlich der Familienrechte, genießen sollten. Die Familie ist die Grundform der sozialen Gliederung. Eine glückliche Familie trägt zu einer

gesunden Gesellschaft bei. Mit der Empfehlung soll sichergestellt werden, dass alle Bürger/innen ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Volljährigkeit, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihres körperlichen Gesundheitszustands Familienrechte genießen.

Unterpunkt 3.3 Fairness / Unterpunkt 3.4 Zugang zum Sport

- 28. Wir empfehlen, der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 als dringende Angelegenheit, die von den Mitgliedstaaten wirksam angegangen wird, hohe Priorität einzuräumen und Anreize zu setzen. Die EU sollte a) Indikatoren (z. B. Haltungen, Lohnunterschiede, Beschäftigung, Führungsqualitäten usw.) festlegen, die Strategie jährlich überwachen und hinsichtlich der Ergebnisse transparent sein; und b) eine/n Bürgerbeauftragten benennen, der/die direkt Rückmeldungen von den Bürgern erhält.**

Wir empfehlen das, weil wir der Ansicht sind, dass die Gleichstellung der Geschlechter weit von dem entfernt ist, was wir in der EU wünschen. Die Gleichstellung der Geschlechter und die Bürgerrechte sollten EU-weit vergleichbaren Wert haben, damit sie in allen Ländern Wirklichkeit werden — und nicht nur da, wo diesbezüglich ein stärkerer Konsens herrscht. Wir schätzen die Präsenz und den Beitrag von Frauen in Führungspositionen und in allen Berufen, um eine vielfältige und zufriedenstellende EU zu schaffen. Frauen sind häufig benachteiligt (auch wenn sie über eine gute/höhere Bildung oder andere Vorzüge verfügen), weshalb eine solche Strategie dringend erforderlich ist.

- 29. Wir empfehlen der EU, Sport und körperliche Betätigung aufgrund der gesundheitlichen Vorteile EU-weit zu fördern und dafür zu sensibilisieren. Sport und körperliche Betätigung sollten Teil der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Arbeitspolitik werden (d. h. Förderung des Sports und/oder Verschreibung durch Ärzte und gegebenenfalls Gewährleistung des Zugangs zu Sporteinrichtungen; 1 Stunde Arbeitszeit pro Woche für körperliche Betätigung usw.).**

Wir empfehlen das, weil es sich um eine langfristige Investition handelt. Investitionen in Sport und körperliche Betätigung verringern die Kosten und Belastungen für das Gesundheitswesen. Beispielsweise würden Sport und körperliche Betätigung als Gesundheitsintervention die Behandlungszeiten verkürzen und die Behandlung wirksamer machen. Das wird in einigen Ländern

wie Deutschland bereits erfolgreich umgesetzt. Sport ist eine Möglichkeit, Werte wie Engagement, Einsatz, Selbstwertgefühl, Respekt oder Teamgeist zu schaffen. Sitzende Tätigkeiten sind heute häufiger als bei früheren Generationen, u. a. aufgrund von mehr Schreibtischarbeit und/oder verändertem Freizeitverhalten.

30. Wir empfehlen, dass die EU jeden Mitgliedstaat dazu verpflichten sollte, einen verbindlichen Mindestlohn festzulegen, der den dortigen Lebenshaltungskosten entspricht und als gerechtes Entgelt gilt, das ein Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht. Jeder Mitgliedstaat muss das überwachen.

Wir empfehlen das, weil es nicht fair ist, trotz einer Arbeit nicht über die Runden zu kommen. Gerechte Löhne sollten zur Lebensqualität auf sozialer Ebene beitragen. Unfaire Löhne verursachen hohe Kosten für die Staaten (Sicherheit, Steuervermeidung, höhere Sozialkosten usw.).

31. Wir empfehlen eine EU-weite Steuerharmonisierung (um Steueroasen innerhalb der EU zu vermeiden und die Verlagerung von Unternehmen innerhalb Europas zu bekämpfen) sowie einen steuerlichen Anreiz, um die Verlagerung von Arbeitsplätzen außerhalb Europas zu verhindern.

Wir empfehlen das, weil wir besorgt über die Auswirkungen der Verlagerung von Arbeitsplätzen außerhalb Europas sind. Außerdem würde der Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten verhindert.

Punkt 4: Lernen in Europa

Unterpunkt 4.1 Europäische Identität / Unterpunkt 4.2 Digitale Bildung

32. Wir empfehlen, die Mehrsprachigkeit von frühester Kindheit an zu fördern, z. B. im Kindergarten. Ab der Grundschule sollte vorgeschrieben werden, dass Kinder ein C1-Niveau in einer zweiten aktiven EU-Sprache erreichen, die nicht ihre eigene ist.

Wir empfehlen das, weil die Mehrsprachigkeit ein Instrument ist, das Menschen miteinander verbindet und eine Brücke zu anderen Kulturen bildet, da sie andere Länder und ihre Kulturen leichter zugänglich macht. Sie stärkt die

europäische Identität und den interkulturellen Austausch. Es ist wichtig, die anderen Kulturen im Kontext der Europäischen Union kennenzulernen. Daher würde es dazu beitragen, eine gemeinsame europäische Identität und ein Verständnis für andere europäische Kulturen zu schaffen, wenn man in zwei Sprachen auf hohem Niveau zusammenkommen könnte. Die EU muss für eine enge Zusammenarbeit zwischen ihr und Bildungseinrichtungen sorgen, um erfolgreiche Bildungsergebnisse zu erzielen. Darüber hinaus muss es ein spezielles Programm (z. B. Online-Plattformen, erweiterte Erasmus+-Programme usw.) geben, das ausschließlich der Förderung der Mehrsprachigkeit dient. Die derzeitigen Europäischen Schulen können in dieser Hinsicht als Vorbild dienen. Die EU sollte mehr solcher Schulen einrichten und sie aktiv fördern.

33. Wir empfehlen der EU, das Bewusstsein für die Gefahren des Internets und der Digitalisierung für junge Menschen durch die Schaffung eines Pflichtfachs in der Grundschule zu schärfen. Die EU sollte Instrumente entwickeln und gemeinsame Schulungsräume einrichten, damit junge Menschen gemeinsam lernen können.

Wir empfehlen das, weil die derzeitigen Initiativen oder Programme in diesem Bereich nicht ausreichen. Darüber hinaus kennen viele EU-Bürger/innen die in diesen Bereichen bestehenden EU-Initiativen nicht. Kinder sind sich der Gefahren des Internets nicht ausreichend bewusst; daher sollten wir viel mehr tun, um die jüngere Generation aufzubauen und zu sensibilisieren.

34. Wir empfehlen der EU, Anstrengungen zu unternehmen, um moderne Technologie für die ältere Generation zugänglicher zu machen, indem sie Programme und Initiativen fördert, z. B. in Form von auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Kursen. Die EU sollte denjenigen, die dies wünschen, das Recht auf Nutzung der Digitalisierung garantieren und Alternativen für jene vorschlagen, die dies nicht tun.

Wir empfehlen das, weil die EU sicherstellen sollte, dass ältere Menschen an der digitalen Welt teilhaben können, und niemand diskriminiert wird. Generationen, die im Umgang mit bestimmten Technologien nicht so erfahren sind, sollten vereinfachte Instrumente bereitgestellt werden, um sie in die Welt von heute zu integrieren. Wir empfehlen, bereits bestehende Initiativen besser zu fördern, damit die Bürger/innen sich dieser Möglichkeiten bewusst werden. Die EU sollte ältere Generationen bei der Nutzung von Computer-Tools nicht diskriminieren.

(Dies bedeutet, dass die Bürger/innen in der Lage sein sollten, auch ohne Internet ihr Leben leben zu können). Die EU sollte ältere Generationen kostenlos und dauerhaft unterstützen, um den Zugang zu digitalen Instrumenten zu erleichtern.

Unterpunkt 4.3 Kulturaustausch / Unterpunkt 4.4 Umwelterziehung

35. Wir empfehlen, dass die EU eine Plattform schafft, auf der Lehrmaterial über Klimawandel, Nachhaltigkeit und Umweltfragen für Bildungszwecke zur Verfügung gestellt wird. Diese Informationen sollten faktengestützt sein, von Sachverständigen überprüft und auf jeden Mitgliedstaat zugeschnitten sein. Die Plattform:

- sollte auch Material für mehrere Zielgruppen enthalten; zum Beispiel für Menschen, die in einem städtischen oder ländlichen Umfeld leben, für alle Altersgruppen und für alle Ebenen von Vorkenntnissen;
- muss allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen und leicht zugänglich sein;
- Bei ihrer Umsetzung sollte es einen Plan für Werbemaßnahmen geben; das sollte in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Unternehmen erfolgen.
- könnte zusammen mit einem Förderprogramm zur Nutzung und Umsetzung der Informationen auf der Plattform erfolgen. Mit diesen Mitteln sollten auch Besuche vor Ort unterstützt werden, um einschlägige Beispiele aus dem realen Leben aufzuzeigen.

Wir empfehlen das, weil Menschen aller Altersgruppen Zugang zu faktengestützten Informationen darüber benötigen, wie Klimawandel, Nachhaltigkeit und Umweltfragen angegangen werden können. Wichtige Konzepte, z. B. der ökologische Fußabdruck, müssen von allen, insbesondere von jungen Menschen, verstanden werden, da das, was wir als Kinder lernen, im Laufe unseres Lebens genutzt wird. Diese Themen sind komplex — und Fehlinformationen sind weitverbreitet. Wir brauchen verlässliche Quellen — und die EU verfügt über die Glaubwürdigkeit und die Ressourcen, dies zu ermöglichen. Das ist auch deshalb wichtig, weil der Kenntnisstand und ein leichter Zugang zu glaubwürdigen Informationen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich sind.

36. Wir empfehlen, dass die EU vorrangig Austauschprogramme für alle (Altersgruppen, Mitgliedstaaten, Bildungsebenen und Menschen mit unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten) zugänglich macht und Austauschmaßnahmen oder Praktika zwischen Sektoren, Ländern, Bildungseinrichtungen, Städten und Unternehmen ermöglicht. Die EU sollte für die Initiierung, Vermittlung und Finanzierung des EU-weiten kulturellen und sozialen Austauschs – sowohl analog als auch digital – zuständig sein. Die EU muss diese Initiativen aktiv fördern und Menschen ansprechen, die kulturelle und soziale Austauschprogramme noch nicht kennen. Die Konferenz zur Zukunft Europas, bei der die Menschen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden, ist das perfekte Beispiel für einen europäischen Austausch. Davon wollen wir mehr – aber auch kleinere Initiativen sowie Austauschmaßnahmen im Rahmen von Sport, Musik, (sozialen) Praktika usw.

Wir empfehlen das, weil es wichtig ist, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhalts zu schaffen und Toleranz gegenüber all unseren schönen Unterschieden/verschiedenen Sichtweisen zu fördern. Auch für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit ist das wichtig. Es wird die Entwicklung von Freundschaften, gegenseitigem Verständnis und kritischem Denken ermöglichen. Wir möchten das Engagement aller Mitglieder unserer Gemeinschaften fördern, auch derjenigen, die bisher nicht an solchen Initiativen beteiligt waren.

[Unterpunkt 4.5 Qualität, Finanzierung und Zugang zu Bildung / Unterpunkt 4.6 Harmonisierung der Bildung](#)

37. Wir empfehlen, dass alle Mitgliedstaaten einen zertifizierten Mindeststandard für die Bildung in Kernfächern, die in der Grundschule beginnen, vereinbaren und annehmen. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Bürger/innen gleichberechtigten Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung haben, und Fairness und Gleichheit gegeben sind.

Wir empfehlen das aus folgenden Gründen:

- Ein solcher Mindeststandard würde das Vertrauen von Eltern, Lehrern und Schülern in ihre Bildungssysteme stärken und gleichzeitig Eigeninitiative und Vielfalt ermöglichen.
- Im Falle einer Umsetzung würde das eine gemeinsame europäische Identität herausbilden und stärken und so den Zusammenhalt, die Einheit und das Zugehörigkeitsgefühl fördern.

- Die Umsetzung dieser Empfehlung würde zu einer engeren Zusammenarbeit und einem intensiveren Austausch zwischen Schulen EU-weit führen, was die Beziehungen zwischen Lehrkräften und Schülern verbessern und einen großen Beitrag zu Austauschprogrammen leisten würde.

38. Wir empfehlen, Englisch nach einem zertifizierbaren Standard als Kernfach an Grundschulen EU-weit einzuführen, um die Fähigkeit der europäischen Bürger/innen, wirksam zu kommunizieren, zu erleichtern und auszubauen.

Wir empfehlen das aus folgenden Gründen:

- Dies würde für mehr Einheit und Gleichheit sorgen, weil die Fähigkeit der Bürger/innen, miteinander zu kommunizieren, ausgebaut und eine ausgeprägtere gemeinsame europäische Identität gefördert würde.
- Das würde zu einem breiteren, flexiblen und besser zugänglichen Arbeitsmarkt führen, der es den Bürger(inne)n erlaubt, EU-weit arbeiten und sich zu verständigen, was mehr persönliche und berufliche Möglichkeiten bietet.
- Eine gemeinsame europäische Sprache könnte in sehr kurzer Zeit erreicht werden, wenn dies umgesetzt werden sollte.
- Die Verwendung einer gemeinsamen Sprache beschleunigt den Informationsaustausch, was der Zusammenarbeit, dem Gegensteuern in Krisen, der humanitären Hilfe und der Bürgernähe Europas zugute käme.

Punkt 5: Ein ethischer und sicherer digitaler Wandel

Unterpunkt 5.1 Demokratisierung der Digitalisierung / Unterpunkt 5.2 Cybersicherheit

39. Wir empfehlen, der EU mehr Befugnisse zu übertragen, damit sie gegen illegale Inhalte und Cyberkriminalität vorgehen kann. Wir empfehlen den Ausbau der Kapazitäten von Europol/des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, einschließlich:

- **Aufstockung der finanziellen Ressourcen und des Personals**
- **Gewährleistung einer EU-weit vergleichbaren Bestrafung**
- **Gewährleistung einer raschen und wirksamen Durchsetzung**

Wir empfehlen das, um die Freiheit im Internet zu gewährleisten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Diskriminierung, Missbrauch und Belästigung bestraft werden. Wir unterstützen die Idee einer europäischen öffentlichen Einrichtung, da wir die Regulierung von Online-Plattformen nicht ausschließlich privaten Unternehmen überlassen wollen. Online-Plattformen müssen die Verantwortung für die verbreiteten Inhalte übernehmen, aber wir wollen sicherstellen, dass ihre Interessen nicht an erster Stelle stehen. Die inhaltliche Regulierung und die Strafverfolgung der Verantwortlichen müssen wirksam und zügig sein, damit sie auch eine abschreckende Wirkung entfalten.

40. Wir empfehlen, dass die EU in hochwertige und innovative digitale Infrastruktur (wie etwa die Entwicklung von 5G in Europa) investiert, um die Autonomie Europas zu gewährleisten und die Abhängigkeit von anderen Ländern oder Privatunternehmen zu verhindern. Die EU sollte auch auf Investitionen in unterentwickelten EU-Regionen achten.

Wir empfehlen das, weil die digitale Infrastruktur eine entscheidende Rolle in der europäischen Wirtschaft und im täglichen Leben spielt. Europa braucht daher eine hochwertige digitale Infrastruktur. Wenn Europa von anderen abhängig ist, kann es anfällig für negative Einflüsse privater Unternehmen oder anderer Länder sein. Europa sollte im Sinne der eigenen Autonomie in digitale Infrastruktur investieren. Es ist auch wichtig, die digitale Inklusion sicherzustellen, indem dafür gesorgt wird, dass auch in weniger digital entwickelten Regionen investiert wird.

- 41. Wir empfehlen, dass die EU in den Schulen EU-weit stärker über Falschmeldungen, Desinformation und Online-Sicherheit aufklärt. Dabei sollte sie sich auf Beispiele bewährter Verfahren aus der gesamten EU stützen. Die EU sollte eigens eine Organisation einrichten, um diese Arbeit zu fördern und Empfehlungen für die Bildungssysteme abzugeben. Sie sollte auch die nichtformale Bildung sowie innovative und kreative Lehrmethoden (z. B. partizipative Spiele) fördern.**

Wir empfehlen das, weil es wichtig ist, in der Schule über Online-Sicherheit und digitale Sicherheitskompetenz (Betrug mit Online-Betrug, Falschinformationen usw.) zu informieren, um allen die Instrumente an die Hand zu geben, die es ihnen ermöglichen, sich vor Online-Fallen zu schützen. Es ist wichtig, die jüngere Generation anzusprechen, da sie Online-Bedrohungen stark ausgesetzt ist. Schulen können auch mit den Eltern kommunizieren, um bewährte Verfahren anzusprechen. Ein solcher Kurs kann sich auf Beispiele bewährter Verfahren aus ganz Europa (z. B. Finnland) stützen und gleichzeitig den Bedürfnissen einzelner Länder angepasst werden.

Unterpunkt 5.3 Datenschutz

- 42. Wir empfehlen, den Missbrauch von Daten durch „Datenriesen“ durch eine konsequentere Durchsetzung der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) und die Schaffung stärker standardisierter Mechanismen in der gesamten EU weiter zu begrenzen und dafür zu sorgen, dass auch nichteuropäische Unternehmen, die in der EU tätig sind, diese einhalten. Die Verbesserung sollte eine klare und kurze Erläuterung der Verwendungsbedingungen erfordern, um Unklarheiten zu vermeiden, mehr Informationen darüber bereitzustellen, wie und von wem sie verwendet werden, und eine standardmäßige Einwilligung in die Weiterverwendung und den Weiterverkauf von Daten zu vermeiden. Sie sollte sicherstellen, dass Daten dauerhaft gelöscht werden, wenn ein/e Bürger/in dies wünscht. Sie sollte auch die konsequente Einhaltung der Vorschriften in Bezug auf die Erstellung von Profilen von Einzelpersonen auf der Grundlage ihrer Online-Aktivitäten verbessern. Wir schlagen zwei Arten von Sanktionen vor: eine im Verhältnis zum Umsatz des Unternehmens stehende Geldbuße, Beschränkungen der Geschäftstätigkeit des Unternehmens.**

Wir empfehlen das, weil derzeit nur sehr wenig Transparenz darüber besteht, welche Art von Daten erhoben wird, wie sie verarbeitet — und an wen sie

verkauft werden. Wir müssen den Machtmissbrauch durch Datenriesen weiter einschränken und sicherstellen, dass die Einwilligung der Bürger/innen in die Datenverarbeitung wohlüberlegt erfolgt.

- 43. Wir empfehlen die Einrichtung einer unabhängigen EU-weiten Agentur, die eingreifendes Verhalten (z. B. Spam) klar definieren und Leitlinien und Mechanismen für das Opt-out und den Widerruf von Daten, insbesondere von Dritten, entwickeln muss. Sie muss über ein Mandat verfügen, Betrüger und Organisationen, die die Vorschriften nicht einhalten, zu ermitteln und zu sanktionieren. Sie sollte darauf hinarbeiten, dass die EU-Vorschriften für in der EU tätige Einrichtungen mit Sitz außerhalb der EU eingehalten werden. Sie würde von den EU-Organen finanziert und sich aus einem gemischten Rat unabhängiger Gremien (d. h. Sachverständige aus Universitäten und Einrichtungen, die Berufsgruppen vertreten) zusammensetzen. Der Vorsitz sollte ständig wechseln. Wir schlagen zwei Arten von Sanktionen vor: eine im Verhältnis zum Umsatz der Unternehmen stehende Geldbuße, Beschränkungen der Geschäftstätigkeit der Unternehmen.**

Wir empfehlen das, weil es keine zentrale Agentur mit einem starken Mandat gibt, die den Bürger(inne)n helfen kann, insbesondere wenn sie ein Problem haben und Hilfe, Beratung oder Unterstützung benötigen. Es gibt keine klaren und verbindlichen Vorschriften, die Unternehmen befolgen müssen; Sanktionen werden entweder nicht durchgesetzt oder von den Unternehmen nicht ernstgenommen.

- 44. Wir empfehlen die Einrichtung eines EU-Zertifizierungssystems, das die Einhaltung der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) in transparenter Weise widerspiegelt und sicherstellen sollte, dass Informationen über den Datenschutz auf zugängliche, klare und einfache Weise dargestellt werden. Ein solches Zertifikat wäre obligatorisch und auf Websites und Plattformen sichtbar. Es sollte von einer unabhängigen Stelle auf europäischer Ebene ausgestellt werden, die möglicherweise bereits besteht oder speziell eingerichtet wurde und nicht mit nationalen Regierungen oder dem privaten Sektor verbunden ist.**

Wir empfehlen das, weil derzeit keine oder nur geringe Transparenz darüber besteht, wie gut die Daten von jedem Unternehmen geschützt werden — und die Nutzer/innen bzw. Kund(inn)en somit keine fundierten Entscheidungen treffen können.

45. Wir empfehlen, die DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) besser zu erläutern und die Kommunikation darüber zu verbessern, indem ein Standardtext zur Einhaltung der Datenschutzvorschriften erstellt wird, der eine einfache und klare Sprache verwendet, die für alle verständlich ist. Ein solcher Text sollte eine Kernbotschaft und/oder zentrale Grundsätze enthalten. Das Verfahren zur Erteilung der Einwilligung sollte visueller sein (z. B. eine App, die eine ausdrückliche Genehmigung für den Zugriff auf das Telefon verlangt). Es sollte von einer Informationskampagne (auch im Fernsehen) flankiert werden und konsequent obligatorische Kurse beinhalten (zumindest für diejenigen, die mit Daten arbeiten) und diejenigen, die Unterstützung benötigen, beraten.

Wir empfehlen das, weil die Formulierung der DSGVO derzeit zu vage und zu technisch, die Menge der Informationen unüberschaubar und somit nicht für alle zugänglich ist. Darüber hinaus erfolgt die Kommunikation von Land zu Land unterschiedlich und schließt einzelne Gruppen, vor allem ältere Menschen und solche, die sich mit digitalen Medien schwertun, aus.

Unterpunkt 5.4 Gesunde Digitalisierung

46. Wir empfehlen der EU, das Problem „Fake News“ auf zweierlei Weise anzugehen:

- **Rechtsvorschriften für Social-Media-Unternehmen zur Einführung maschinell lernender Algorithmen, mit denen die Verlässlichkeit von Informationen in sozialen Medien und neuen Medien überprüft werden kann, und die den Nutzer(inne)n verlässliche Quellen an die Hand geben. Wir empfehlen, dass die Algorithmen von Experten kontrolliert werden, um sicherzustellen, dass sie auch vernünftig funktionieren.**
- **Die Einrichtung einer Online-Plattform, über die die Informationen aus traditionellen Medien (z. B. Fernsehen, Printmedien, Radio) unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen bewertet — und die Bürger/innen über die Qualität der Nachrichten aufgeklärt werden, ohne jede Art von Zensur anzuwenden. Eine solche Plattform sollte öffentlich kontrolliert werden können und höchsten Transparenzstandards genügen. Die EU sollte sicherstellen, dass die zweckgebundenen Mittel auch entsprechend verwendet werden.**

Wir empfehlen das, weil verschiedene Arten von Medien angegangen werden müssen, und wir der Ansicht sind, dass Sanktionen oder die Entfernung von

Inhalten zu Zensur und einer Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit führen könnten. Wir empfehlen, dass Sachverständige das ordnungsgemäße Funktionieren des Algorithmus überprüfen und überwachen. Schließlich empfehlen wir, dass die Plattform unpolitisch und unabhängig sein sollte, damit Transparenz und freie Meinungsäußerung gewährleistet sind. Da es zudem unmöglich ist, Falschmeldungen vollständig zu eliminieren, wird die Bereitstellung dieser Instrumente für die Bürger/innen zumindest dazu beitragen, ihren Schaden für Europa zu begrenzen.

47. Wir empfehlen, dass die EU verschiedene Maßnahmen ergreift, um eine vernünftige Nutzung des Internets zu gewährleisten:

- **Zunächst muss die EU den Mangel an Infrastruktur und Geräten beheben, der den Bürger(inne)n den Zugang zum Internet verwehrt.**
- **Außerdem empfehlen wir, dass die EU die Mitgliedstaaten ermutigt, Schulungen über das Internet und seine Risiken für alle Altersgruppen durchzuführen. Das könnte durch Kurse für Kinder und Jugendliche und die Schaffung verschiedener Programme und Lehrpläne für Erwachsene und ältere Bürger/innen erreicht werden. Die Kursinhalte sollten auf europäischer Ebene von einer Gruppe unabhängiger Sachverständiger festgelegt werden.**
- **Schließlich fordern wir, dass die EU alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass ältere Menschen im Zuge einer Digitalisierung der Gesellschaft nicht auf der Strecke bleiben, und dafür zu sorgen, dass grundlegende Dienstleistungen auch persönlich zugänglich sind.**
- **Die EU sollte sicherstellen, dass die zweckgebundenen Mittel von den Mitgliedstaaten auch entsprechend verwendet werden.**

Wir empfehlen das, weil an einigen Orten in Europa Infrastruktur und Hardware (z. B. Geräte) fehlen. Bevor Schulungen starten, muss aber die Verbindung stehen, zumal es bestimmte Regionen und Profile gibt, deren Internetzugang eingeschränkt ist. Wir empfehlen Kurse, um Kindern dabei zu helfen, digitale Kompetenzen zu erwerben, weitere Programme zur Unterstützung älterer Generationen in diesen digitalen Wandel aufzunehmen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Rechte älterer Menschen durch den digitalen Wandel nicht geschmälert werden.

48. Wir empfehlen, dass die Europäische Union die Bildung der Bürger/innen EU-weit fördert, um kritisches Denken, Skepsis und Faktenprüfung zu erhöhen,

um ihnen zu vermitteln, wie sie unabhängig beurteilen können, ob eine Information vertrauenswürdig ist oder nicht. Dies sollte grundsätzlich als spezieller Kurs angeboten werden — und auch in anderen öffentlichen Räumen für Bürger/innen aller Altersgruppen, die willens sind, einen solchen Kurs zu besuchen. Die EU sollte sicherstellen, dass die zweckgebundenen Mittel von den Mitgliedstaaten auch entsprechend verwendet werden.

Wir empfehlen das, weil wir der Ansicht sind, dass es unmöglich ist, Fake News vollständig zu eliminieren. Eine solche Schulung würde den Bürger(inne)n aber zumindest dabei helfen, sie von sich aus zu erkennen. Dadurch werden die Auswirkungen von Falschmeldungen auf die Gesellschaft und die Bürger/innen selbst abgemildert. Das würde Einzelpersonen auch mehr Handlungsspielraum geben und sie bei der Suche nach verlässlichen Informationen nicht von Institutionen abhängig machen.

Anhang: WEITERE EMPFEHLUNGEN, DIE VOM GREMIUM DISKUTIERT, ABER NICHT BESCHLOSSEN WURDEN

Punkt 3: Eine gerechte Gesellschaft

Unterpunkt 3.2 Gleiche Rechte

Wir empfehlen der EU, einen Mechanismus zur Überwachung und Durchsetzung von Minderheitenrechten einzurichten (z. B. ein Portal oder eine Stelle, wo Beschwerden eingereicht werden können).

Wir empfehlen das, weil wir glauben, dass alle ihre Meinung äußern können und das Recht haben, Hilfe zu suchen und zu erhalten. Ein solches Amt ist notwendig, um die Spannungen zwischen Minderheiten und der Mehrheit zu verringern.

Unterpunkt 3.3 Fairness / Unterpunkt 3.4 Zugang zum Sport

Wir empfehlen, dass die EU das Bewusstsein für körperliche Betätigung durch „Vorbilder“ des öffentlichen Lebens schärfen sollte (z. B. sollten Veranstaltungen des Parlaments einige Sekunden lang eine Form körperlicher Betätigung oder Übungen wie Stretching, Walking oder Jumping umfassen).

Wir empfehlen das, weil das Engagement von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens das Bewusstsein für körperliche Betätigung schärfen wird.

Punkt 5: Ein ethischer und sicherer digitaler Wandel

Unterpunkt 5.3 Datenschutz

Wir empfehlen, eine Web-ID zu erstellen, in der personenbezogene und sensible Daten gespeichert, aber nur den Behörden und der Polizei zur Verfügung gestellt werden. Online-Plattformen und -Verkäufer verwenden einen mit einer Web-ID verbundenen Online-Code und die für eine bestimmte Tätigkeit relevanten Daten. Die Standardeinstellung für den Datenaustausch über diese ID sollte ohne Zustimmung erfolgen. Die Daten sollten nur den direkt beteiligten Parteien und nicht Dritten zur Verfügung gestellt werden. Wenn die Daten an Dritte weitergegeben werden, sollten die Bürger/innen sich dagegen wehren können. Die Daten sollten nur für einen begrenzten Zeitraum oder eine bestimmte Transaktion verfügbar sein. Die Genehmigung zur Verwendung von Daten sollte zeitlich begrenzt sein oder klar definieren, zu welchem Zweck ein Unternehmen diese Daten verwenden darf.

Wir empfehlen das, weil die Unternehmen derzeit alle Daten, auch personenbezogene und sensible Daten, abrufen und für viele Zwecke nutzen können, ohne offenzulegen, wie und warum genau sie diese Daten verwenden. Sie erhalten also mehr Informationen, als sie

eigentlich benötigen, um uns Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, und können dann ohne unsere Zustimmung andere Daten weiterverkaufen oder weiterverwenden. Gleichzeitig wird die Rechenschaftspflicht der Internetnutzer gewährleistet, während ihre relative Anonymität gewahrt bleibt.

